

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 5

Rubrik: Politische Runschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

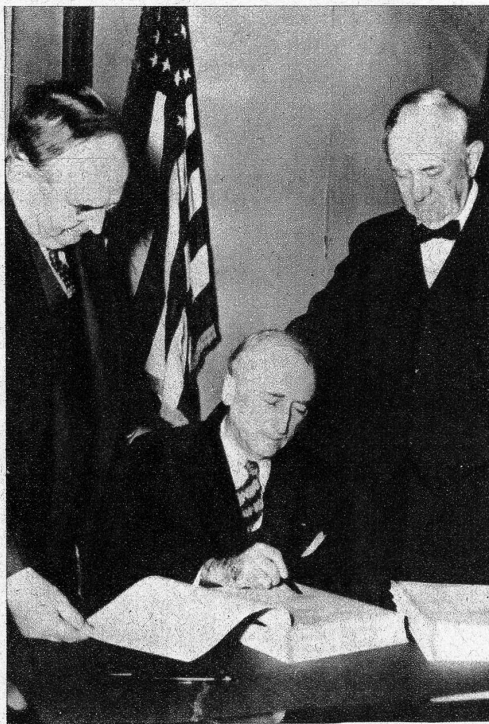
POLITISCHE RUNDSCHAU

Immer wieder die Wohnungsnot

-an- Periodisch erscheint im Berner Stadtanzeiger eine amtliche Mitteilung, welche daran erinnert, unter welchen Umständen einem Zuzüger die Niederlassung verweigert werden könne, und dass jemand, der nicht dringende Gründe für seinen Einzug in die Bundesstadt vorbringe, seine Bemühungen zum vornherein abbrechen wolle. Wer ein Haus erwirbt, kann nicht auf Grund seines Eigentumsrechtes einen Mieter ausbooten, wenigstens nicht sogleich. Dem Privileg des Besitzers sind also die Stacheln genommen, die den Besitzlosen in diesem Falle besonders schmerzen. Ausnahmezustand! Fortdauernde Not auf dem Wohnungsmarkte. Diskussionen über die Mittel, wie man dieser Not am raschesten auf den Leib rücken könnte. Feststellungen, dass das Baugewerbe wohl alles getan habe, was in seiner Macht stehe. Und dass gar nicht mehr Wohnungen gebaut werden könnten. Und so fort. Alles im Zeichen der wohl am längsten hinzuschleppenden Erbschaft aus der Kriegszeit. Die Erfahrungen nach dem ersten Weltkriege haben diese Zustände erwarten lassen. Immerhin wird man da und dort nun so nach und nach ungeduldig, konstatiert, dass es «noch nie so schlimm wie jetzt» war und rechnet aus, dass es überhaupt nicht besser werden könne, falls nicht mehr als bisher geschehe. Die Stadt Bern kündigt dem Bunde Lokalitäten, um sie dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen. Mag der Bund sehen, wie er seine Büros anderswo findet. Hoffentlich nicht bei Privaten, die ihrerseits Mieter zum Weiterziehen veranlassen könnten... ein Vorhaben, dem zum Glück gewisse Riegel gestossen worden sind.

Im Basler Grossen Rat haben die Radikalen eine Tagesordnung eingebracht, und das Kantonsparlament hat sie gutgeheissen, wonach die Regierung in Bern vorstellig werden möge. Sie soll Aufklärung darüber verlangen, welche Massnahmen der Bund inskünftig treffen wolle, um den Wohnungsbau zu fördern. Sie soll energisch verlangen, dass endlich nach einem richtigen Plane Arbeit und Material zwischen Industriebau und Wohnungsbau verteilt würden. Eine Sache, die seit mehr als einem Jahre gefordert, halb und halb versprochen und doch nicht in Wirklichkeit umgesetzt worden ist. Warum? Die Basler sind der Ansicht, dass bestimmte Interessentengruppen jede derartige Regelung verhindert hätten. Dem Bundesrat soll klar gemacht werden, wie schwarz die Sorgen seien, die nicht nur die Basler Stadtväter tragen. Allenthalben droht dasselbe: Dass in den nächsten Monaten viele Familien nicht mehr wissen, ob sie ein Dach überm Kopfe haben werden. Und dies aus dem einzigen Grunde, weil man der industriellen Hochkonjunktur und der dadurch hervorgerufenen Bautätigkeit die Zügel schiessen lässt. So wollen es die Basler dem Bunde vortragen.

Es gäbe zweifellos einen Weg, um rasch, sehr rasch Material und Arbeitskräfte auf den Wohnungsbaumarkt hinüber zu ziehen: Wenn man die Mietzinse «befreien» und die der «Nachfrage» entsprechende schrankenlose Rendite neuer Wohnungen erlauben würde. Aber niemand, der begriffen hat, wie



Als letzte Amtshandlung vor der Uebergabe seines Postens an den neuen Aussenminister George Marshall hat James F. Byrnes in Washington die Friedensverträge mit den ehemaligen Feindstaaten Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnet. Unser Bild zeigt diesen historischen Augenblick. Links Senator Arthur H. Vandenberg und rechts Senator Tom Connally (Photopress)

dies unsern Lebensstandard verteuern würde, kann dazu Ja sagen. Die volkswirtschaftliche Rechnung lautet eigentlich: Was verteuert unsere Lebenshaltung mehr, eine allgemeine Mietzinssteigerung oder die Steuern, die man erhebt, um den Wohnbau zu subventionieren? Man möchte eine solche Rechnung von Behördenseite verlangen.

Bündnispläne

Man hat den Eindruck, dass England, bevor es sich den Russen auf ganzer Front nähert, seine eigene Position zu verbessern sucht. Nichts konnte der Labourregierung gelegener kommen als der Vorschlag Léon Blums, ein Bündnis zwischen London und Paris abzuschliessen. Damit nicht sogleich der russische Widerspruch herausgefordert werde, wurden Moskau und zugleich Washington unterrichtet. Das Projekt steht damit nicht im Dunkel der Geheimdiplomatie, sondern wird sozusagen im hellen Rampenlicht der «UNO-Oeffentlichkeit» besprochen. Es lässt sich auch sehr plausibel als eine Angelegenheit behandeln, gegen die niemand etwas einzuwenden hat: Zwischen Russland und Grossbritannien besteht ja ein solches Bündnis seit fünf Jahren, und es soll nach seiner Fassung das Kriegsende um zwanzig Jahre, und wenn es erneuert wird, länger überdauern. Paris und London sprechen denn auch von einer Ergänzung des Paktes Moskau-London, von einer Stützung dieses Paktes durch weitere Abmachungen, die den Kreis der zusammenarbei-

tenden Mächte erweitere. Wenn nun in diesen Tagen das neue französische Kabinett Ramadier in London die Besprechungen, die Blum eingeleitet hat, weiter führt, und wenn der britische Premier Attlee sagt: «Je mehr solcher Bündnisse, desto mehr Sicherungen des Friedens», und wenn Moskau sich freundlich Amerika zustimmend äussert, wird man nicht verwundert sein über die Bekanntgabe des Abschlusses. Er muss kommen und wird wahrscheinlich ein fait accompli sein, wenn die grosse Deutschlandkonferenz in Moskau beginnt.

Die britischen Erwartungen, welche vor allem der Premier Attlee und der Aussenminister Bevin hegen, beziehen sich in allererster Linie auf die Haltung Frankreichs dem deutschen Problem gegenüber. Man hat sich in London offen und heimlich darüber aufgeregt, dass die französischbesetzte Zone des Reiches, welche wirtschaftlich unendlich viel leichter als die britische und amerikanische zu reorganisieren wäre, am schlechtesten dran ist, vielleicht oder sehr wahrscheinlich noch schlechter als die russische. Man hat beobachtet, wie das französische Militärregime sich nicht entfernt so eifrig um die Ernährungslage in den bombardierten Rheinstädten bekümmerte, wie dies die beiden angelsächsischen Besatzungsbehörden getan. Man stellte die mangelnde Kontrolle der Regierung in Paris fest, man registrierte, wie die französische Hauptstadt alle missliebigen militärischen Elemente ins Reich abschob, um «zu Hause eine anständige Atmosphäre» zu bekommen. Unter der Herrschaft einer eher gemischten Gesellschaft ziviler und militärischer «Administratoren» frass sich der Geist eines heimlich harten «Neu-Nazismus» ein, der durch seine passive Haltung an hundert Stellen sabotiert, statt aufzubauen. Die Städte vegetieren, das Land liefert an Hamster und Schwarzhändler fast nur gegen Sachwerte, sehr wenig gegen Geld. Die Märkte sind nicht befahren. Die rationierten «Kalorien» stehen oft nur auf dem Papier. Warum lässt Paris diese «Ordnung», welche in der noch am ehesten demokratisch fühlenden deutschen Südwestecke jede demokratische Zukunft diskreditiert, bestehen? Aus einem sehr einfachen Grunde: Unterbewusst möchte man

in Zukunft überhaupt kein Deutschland mehr neben sich haben. Die Invasoren müssten verschwinden, auf immer. So lang als möglich sollen sie geschwächt, am Wiederaufstehen verhindert werden. Natürlich lässt sich dies nicht durchführen, es sei denn, man greife zu Hitlerschen Ausrottungsmethoden, vor welchen aber just die Franzosen den grössten Abscheu bekunden. So tut man denn — oder tat bisher — nichts, weil man weder ausrotten kann noch wiederaufrichten mag. Die Engländer hoffen, es werde möglich sein, Frankreich für ein deutsches Aufbauprogramm, für eine gemeinsame britisch-französische konstruktive Politik dem Reiche gegenüber zu gewinnen. Aus diesem Grunde gewährt die Labourregierung Paris, was nach dem ersten Weltkriege die Regierung der Kakhi-Wahlen und die sämtlichen darauf folgenden Regierungen, auch jene MacDonalds, nicht gewähren wollten: Ein mili-



In Polen sind die Würfel gefallen, und zwar erwartungsgemäss nach links, nachdem die Wählermassen vom «Demokratischen Block» unter einem massiven Druck gehalten worden waren. — Es wirkt denn tatsächlich auch etwas sonderbar, dass in einem Lande, wo die Bauern die Mehrheit der Wähler stellen, die Bauernpartei von einer kommunistisch-sozialistischen Koalition in einem Verhältnis von 15 : 1 geschlagen worden sein soll... — Unser Bild zeigt den Führer der Bauernpartei, Stanislaus Mikolajczyk, bei der Entgegennahme des Stimmkouvarts in einem Warschauer Wahllokal, nachdem er 2½ Stunden in der Wählerschlange ausgeharrt hatte (zweiter von links) ATP

tärbündnis, welches dauernden Charakter haben und Frankreich jede Sicherheit verschaffen soll. Es gilt, einem Volke die Furcht auszureden, die es vor allem, was «deutsch» heisst, nun einmal empfindet.

Vielleicht gehört der Plan für die Organisation des künftigen Reiches, wie ihn das französische Aussenministerium bekanntgegeben, in die britisch-französischen Verhandlungen über das Bündnis. Paris stellt damit gewissermassen seine Bündnisbedingungen. Es will keinen deutschen Bundesstaat, geschweige denn ein zentralistisch regiertes Reich, mag es sich selber noch so eindeutig zur «unité» entwickelt haben. Die deutschen Staaten sollen eigene Auslandsvertretungen haben dürfen, sollen in allen wesentlichen Belangen unabhängig sein und an die Zentralbehörde nur Finanzangelegenheiten, Post- und Telephonwesen, Verkehr und Ernährung abtreten. Damit kein «deutscher Reichstag» möglich werde, hätten die Länderparlamente Abgeordnete in eine «Staatenkammer» zu delegieren — also die schönste «Tagsatzung», wie sie die alte Eidgenossenschaft besass. Diese Staatenkammer hätte alle internationalen Verträge zu ratifizieren, wahrscheinlich auch den Friedensvertrag. Jedoch mit einer Zweidrittelmehrheit. Ruhr und Rheinland würden einem besondern Regime unterstellt, das heisst wohl, international kontrolliert und besetzt bleiben, vermutlich mit der Weisung, sich von der «Staatenkammer» fernzuhalten.

Wer ein wenig weiter sieht als bis in die nächste, von den Besatzungsarmeen garantierte Zukunft, der versteht, dass sich an einem solchen Projekte, falls es verwirklicht würde, der deutsche Nationalismus bis zur Weissglut erhitzen würde. Unausdenkbare Energien können sich stauen und in einem fernen Jahrzehnt zur Entladung drängen, um die so verderbliche einstige Einheit «Grossdeutschlands» abermals zu verwirklichen, weil sie angeblich allein die Zukunft und Sicherheit der zwangsweise getrennten deutschen Völker garantiere.

Solche Pläne müssen die Engländer den Franzosen ausreden, und vielleicht bringen sie's auch zustande, wenn sie ein «ewiges Sicherheitssystem» begründen helfen, eine feste Verbindung britischen und französischen Reichsinteressen, unauflösliche Verträge, welche diese Verbindung dauernd sichern, Einbezug der kleinern Staaten des Westens in dieses System — kurz, den noch vor wenigen Monaten von Moskau verpönten «Westblock».

Opponiert Moskau dem Westblock noch?

Man muss überlegen, dass der Kreml angesichts der amerikanischen Wandlung sämtliche Probleme Europas anders beurteilt als noch vor einem halben Jahre. Eine britische Regierung, die nicht mehr einfach als Sekundantin Washingtons betrachtet werden kann, die ihre eigenen Richtlinien verfolgt, wird stärker sein, wenn sie ihre eigenen, nicht von USA gewünschten Bündnisse abschliesst und sich mit einem eigenen Kreise von «Gefolgsstaaten» umgibt. Die «Volksfrontpolitik» in einer neuen Auflage, auf die man in Moskau abzielt, muss heute jeden Schritt Londons begrüssen, welcher die «kleinen Demokratien» zusammenfasst und damit einen Block bildet, der dem USA-Weltkapitalismus weniger hörig wird, als es alle Kleinen einzeln wären. Stalin und die Seinen urteilen hierin durchaus doktrinär und nehmen an, dass die siegreichen republikanischen Erben Roosevelts zwangsläufig auf den Wirtschaftsimperialismus bösester Sorte und später auf den politischen Imperialismus hinseignen müssen. «Ein grosser Teil des Roosevelt-Erbes ist vertan worden», hat Stalin dem Sohne des Präsidenten, Elliot Roosevelt, in seinem sensationellen Interview gesagt.

Wer all das überlegt, ist gar nicht erstaunt, dass der Moskauer Radio, die «Prawda» und die übrigen amtlichen Zeitungen Russlands nicht wie früher Zeter und Mordio gegen den «Westblock» schreien. Er kommt im Gegenteil zum Schlusse, dass

man im «Politbüro», im Allerheiligsten des kommunistischen Parteitempels, im Schosse der eigentlichen Regierung Russlands, mit aller Umsicht «Labour-England» dazu ermuntert, sich von dem gefürchteten «künftigen Amerika» zu unterscheiden, zu distanzieren und sich zu diesem Zwecke eine Garde von Staaten zu bilden, welche auf jeden Fall von den linken Parteien mit regiert werden, wie eben Frankreich.

Wogegen jedoch Moskau Front macht, das sind die «Vereinigten Staaten von Europa» unter Einschluss Englands und unter Ausschluss Russlands, wie sie ein Winston Churchill propagiert und wofür heute ein besonderes Komitee in England zu trommeln beginnt. Man möchte indessen behaupten... immer im Hinblick auf die Ideologie der Kremlpolitiker, dass dieser Widerstand vorab Churchill und den englischen Tories gilt, den Leuten, die nach kommunistischer Ansicht ein einiges Europa überhaupt nur als Kreuzzugstruppe gegen den Bolschewismus schaffen wollen. Gegen eine Staatenverbindung, in welcher England und Russland zusammen die ersten Instrumente spielen — nicht aber die USA — würde man in Moskau nichts einzuwenden haben. Beispiel:

ein unabhängiges Oesterreich, dies scheint heute die Ansicht der Russen zu sein, müsste gewissermassen unter dem gleichmässig verteilten Einfluss der Westmächte, Englands und Frankreichs, womöglich nicht Amerikas — und Russlands, stehen. Man kann wohl sagen, dass diese russischen Absichten gegenüber Wien die Vorstellungen verraten, die man bei den russischen Regenten über die künftige «Gemeine Herrschaft Europa» hegt. Russland als Herr der österreichischen Petrolquellen von Zistersdorf und als Besitzer und Mitbesitzer zahlreicher früherer Nazi-Unternehmungen, Russland als Mitverwalter der Ruhrkohle, solidarisch vor allem mit seinen grossen europäischen Verbündeten und der Grösste am Tische — an der Moskauerkonferenz wird es auskommen, wie man sich die Platzverteilung ausgedacht hat.

Die Konferenz der Aussenministerstellvertreter in London hat sich zum ersten Male über den ebenfalls in Moskau — und an erster Stelle — auszuarbeitenden Friedensvertrag mit Oesterreich geäussert. Vorangegangen waren öffentliche britische Äusserungen, wie dieser Friede aussehen werde. Man ist in London überzeugt, dass es nur eines gebe, um die Oesterreicher gegen spätere deutsche Anschlusswerbungen zu feien: Oekonomische Begünstigung im Vergleich zum Reiche. Darum sieht der britische Plan vor, dass man von diesem «befreiten», seit anderthalb Jahren mit dem trostlosesten Besatzungsregime bedachten Lande keinerlei Reparationen erheben wolle, und dass binnen kürzester Frist die fremden Truppen abziehen müssten. Australien, das an dieser Konferenz nicht mitreden kann, mahnt noch dringlicher: Sofort, unmittelbar nach dem Friedensschluss müssten sämtliche fremden Heere verschwinden. Es fragt sich, was die beiden österreichischen Minister Gruber und Figl, die nach London reisten, bei den Aussenminister-Stellvertretern ausgerichtet haben. Jedenfalls wurden die Grenzen von 1937 gefordert und im «Rot-Weiss-Rot»-Buche mit der dokumentarischen Darstellung des national-österreichischen Widerstandes gegen die Nazi begründet. Grubers Stimme hat Gewicht, denn er war wirklich im «Maquis», und das nicht erst im letzten Moment.